



An Dummheit nicht zu überbieten

Es ist verständlich, dass sich Israel ein für allemal von der **Terrororganisation Hamas** befreien will. Ob es besonders klug ist, gerade jetzt einen der Führer umzubringen, dazu noch nicht im Gaza-Streifen, sondern im Libanon, darf bezweifelt werden. Immer noch versteckt die Hamas in ihren Tunneln israelische Geiseln, und solange diese nicht befreit sind, sollte man mehr auf Diplomatie als auf Gegengewalt setzen.

Alle Bemühungen, ein neues Abkommen über die Geiselnbefreiung auszuhandeln, wurden natürlich sofort gestoppt. Terroristen sind die schlimmsten Lebewesen, die diesen Planeten bevölkern. Sind sie aber deswegen zum Abschuss freigegeben? Sollte es in einem Rechtsstaat nicht üblich sein, die eines Verbrechens Beschuldigten vor ein ordentliches Gericht zu stellen? Offenbar ist das viel zu aufwendig und teuer. Dann doch lieber mit einer Drohne die Sache klären, oder, wie im Fall Bin Laden, Lynchjustiz vor Ort durchzuführen. Auch wenn wir alle besser schlafen können, nachdem diese Unmenschen aus dem Weg geschafft wurden, aus rechtsstaatlicher Sicht kann man nicht zufrieden sein.

In allen ostdeutschen Bundesländern, bis auf Berlin, liegt die AfD deutlich vorn. Brandenburg 27%, Sachsen 35%, Thüringen 34%, Sachsen-Anhalt 33% und Mecklenburg-Vorpommern 32%. In den drei erstgenannten Ländern wird in diesem Jahr gewählt, in den anderen erst 2026.

Ja, die AfD gehört verboten. Dafür gibt es viele Gründe. Die Frage ist nur, ob es klug ist, diese Karte zu spielen. *„Wenn wir eine Partei verbieten, die uns nicht passt, die in Umfragen aber stabil vorne liegt, dann führt das zu noch größerer Solidarisierung mit ihr. Und das selbst von Leuten, die keine AfD-Sympathisanten oder -Wähler sind“*, sagte der Ostbeauftragte der Bundesregierung **Carsten Schneider** der **Süddeutschen Zeitung**. *„Ein Parteiverbot ist sehr schwer durchzusetzen. Die juristischen Erfolgschancen betrachte ich als gering.“*, sagte Schneider.

„Das Ziel müsse sein, die AfD inhaltlich zu stellen und den Wählern zu verdeutlichen, was die Konsequenzen ihrer inhaltlichen Positionen wären. Sie hat gegen den Mindestlohn gestimmt. Sie will die Erbschaftssteuer abschaffen, also weniger Umverteilung“, sagte Schneider. *Die Partei pflege in der Sozi-*

alpolitik ‚das rückständige Gesellschaftsbild der 1950er-Jahre, das muss für viele ostdeutsche Frauen furchtbar sein‘. Quelle: SPIEGEL

Ein Gerichtsverfahren zöge sich ewig in die Länge. Der Ausgang wäre ungewiss. Es gibt traurige Beispiele, wie sich der Rechtsstaat selbst ein Bein gestellt hat, so beim Versuch, die NPD zu verbieten. *„Wir haben die Schnauze voll von diesen hirntoten Zombies. Wir wollen keinen einzigen Neonazi mehr auf deutschem Boden sehen“*, sagte einst **Udo Lindenberg**. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

An Dummheit nicht zu überbieten ist vor allem die Deutsche Bahn. *„Weil die Gewerkschaft eine Leiharbeitergenossenschaft gegründet hat, sieht die Bahn schwere Interessenskonflikte. Vor einem hessischen Gericht will das Verkehrsunternehmen nun klären lassen, ob die GDL überhaupt Tarifverträge abschließen darf.“* Das ist sicherlich überprüfenswert, aber doch bitte nicht im laufenden Tarifkonflikt.

Anstatt sich den Forderungen der GDL anzunähern, geht die Bahn auf Konfrontationskurs. Ab dem 8. Januar könnte es längere Streiks geben. Bislang ist nichts darüber zu hören. Auch nicht, ob es Bewegung in den Verhandlungen gibt.

Vorsorglich teilt der VBB mit: *„Aufgrund von Streiks und Demonstrationen kann es am 08.01.2024 im gesamten Verbundgebiet zu Beeinträchtigungen im Liniennverkehr kommen. Sollten weitere Informationen bekannt werden, stellen wir diese zur Verfügung.“*

„Die GDL will etwaige längere Arbeitskämpfe mindestens 48 Stunden vorher ankündigen.“, meldet der **Münchener Merkur**. Wer also in der nächsten Woche verreisen will, sollte mit der Buchung noch bis zum Samstag warten.

Ed Koch